

(Berichterstatter Abg. Goldner.)

- A) genommen worden, den Sie unter Ziff. 4 der Drucksache Nr. 1675 wiederfinden:

die Regierung zu ersuchen, von der Kündbarkeit der verheirateten Beamtinnen gemäß Art. 14 der Reichs-Personalabbauperordnung keinen Gebrauch mehr zu machen und in diesem Sinne auch auf die Gemeinden einzuwirken.

Mit diesen Änderungen ist die Vorlage Nr. 194 im Ausschusse im übrigen unverändert angenommen und sind die eingereichten Eingaben dazu als erledigt erklärt worden.

Ich habe Sie namens des Ausschusses zu bitten, dem Antrage Ihre Zustimmung zu geben.

**Abgeordneter Rammelsberg:** Ich beantrage namens meiner Fraktion getrennte Abstimmung, weil wir über den Punkt 4 gesondert abgestimmt haben möchten.

**Stellvertretender Präsident Dr. Hübschmann:** Das Wort hat der Herr Abg. Claus. Er verzichtet.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse getrennt abstimmen.

Wollen Sie beschließen, wie unter Ziff. 1 vorgeesehen ist?

Wer dafür ist, erhebe sich, wer dagegen ist, bleibe in seiner Verfassung.

Einstimmig.

Wollen Sie beschließen, wie es unter Ziff. 2 — wie es der Herr Berichterstatter erwähnt hat — vorgeesehen ist.

Einstimmig.

- B) Wollen Sie Ziff. 3 annehmen?

Einstimmig.

Wollen Sie Ziff. 4 annehmen?  
Gegen eine Minderheit angenommen.

Wollen Sie Ziff. 5 annehmen?  
Einstimmig.

Wollen Sie Ziff. 6 annehmen?  
Einstimmig.

Wir kommen zu den Punkten 3 und 4:

**Zweite Beratung über Kap. 8 (Staatliche Straßenbahnen und Kraftwagenlinien sowie Beteiligung an solchen oder ähnlichen nichtstaatlichen Unternehmungen) des ordentlichen und Tit. 10 (Kapitalbedarf des staatlichen Straßenbahn-Unternehmens) des außerordentlichen Staatshaushaltplans auf das Rechnungsjahr 1926. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses B, Drucksache Nr. 1678.)**

**Zweite Beratung über Tit. 11 (Kapitalbedarf des staatlichen Kraftwagen-Unternehmens) des außerordentlichen Staatshaushaltplans auf das Rechnungsjahr 1926. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses B, Drucksache Nr. 1679.)**

**Berichterstatter Abgeordneter Schurig:** Meine Damen und Herren! Wir behandeln die Sache deshalb so rasch, weil die Einstellung von 750 000 M. im außerordentlichen Etat hineingreift in die Vorlage Nr. 203, die Arbeitsbeschaffungsvorlage. Kapitel 8 behandelt in 3 Abteilungen unser staatliches Verkehrswesen. Die staatlichen Straßenbahnen haben sich nach dem Berichte der Regierung im verfloffenen Rechnungsjahre weiter günstig entwickelt. Die

Zahl der beförderten Personen betrug im Rechnungsjahre (C) 1924 86 Proz. von der Beförderungszahl von 1913 und 1925 119,56 Proz. von der Beförderungszahl von 1913. Dieser erfreulich aufsteigende Verkehr zeigt sich namentlich in dem Einlegen von Sonderwagen und in der Einführung kürzerer Wagenfolge. Trotzdem ist die wirtschaftliche Lage, obwohl sie sich wesentlich gebessert hat, jetzt noch nicht ganz befriedigend, da zurückgestellte, jetzt aber dringend notwendig gewordene Erneuerungsbauten erhebliche Ausgaben erforderten und noch erfordern. Deshalb erklären sich die Anforderungen im außerordentlichen Etat in Tit. 10, der Summe von 750 000 M., die in Verbindung mit Punkt 1, 10 der Vorlage Nr. 203, der Arbeitsbeschaffungsvorlage, steht. Die 750 000 M. sind nach der Planung der Regierung etwa zu zerfallen in 1. rund 75 000 M. für den zweigleisigen Ausbau der elektrischen Straßenbahnlinie Dresden-Arsenal-Klosche, zwischen den Haltestellen Diebsteig und Moritzburg-Pillnitzer Weg, 2. rund 170 000 M. für die Verlängerung der Linie Arsenal-Klosche-Hellerau bis zum Moritzburg-Pillnitzer Weg, um die Bildungsanstalt Hellerau und die Gemeinde Rähnitz zu erreichen, 3. rund 138 000 M. für die Weiterführung der Linie Arsenal-Klosche bis zum Gasthof zur Deutschen Eiche in Klosche-Königswald, 4. 219 000 M. für die Erweiterung des Straßenbahnhofes Freital, 5. rund 140 000 M. für die Verlegung der Endhaltestellen Mitten wegen der außerordentlichen Steigerung des Verkehrs, — es ist eine gemeinsame Aktion mit Dresden geplant —, 6. rund 10 000 M. für die Vorarbeiten der Weiterführung der Linie Dresden-Mitten-Köhschenbroda nach Coswig und später nach Meißen. Auch der Verkehr auf den nichtstaatlichen Straßenbahn- und ähnlichen Unternehmungen ist erfreulich gestiegen. Bekanntlich ist der Staat mit 50 Proz. an der Straßenbahn Loschwitz-Pillnitz, mit 37,8 Proz. an der Lockwitztalbahn und mit 50 Proz. an der Drahtseilbahn Augustusburg beteiligt.

Die Entwicklung eines interurbanen Straßenbahnverkehrs drängt immer mehr und mehr zu einer Zusammenfassung aller staatlichen Straßenbahnen zu einer großen Gesellschaft, an der der Staat und die in Betracht kommenden Städte und Bezirksverbände beteiligt sein sollen. Noch schweben Verhandlungen zwischen den Interessenten, doch vermochte die Regierung dem Ausschusse bereits über den fast vollendeten Plan zu berichten. Dabei wünschte der Ausschuss, daß in dieser zu bildenden Gesellschaft der Staat auf jeden Fall führend sein möge und der Einfluß der Großstädte in Verkehrssachen nicht zu weit gehen solle.

Auch die staatlichen Kraftwagenlinien — das ist Kap. 8 Abt. B, als deren Betriebsführerin sich die KVG durchaus bewährt hat, hat sich erfreulich gut entwickelt. Während wir im Jahre 1924 nur 24 Linien hatten, hatten wir im November 1925 bereits 60 Linien, und jetzt haben wir 63 Linien.

Nun sind 1925 bei Tit. 10 Mittel zur Beschaffung von Omnibussen bewilligt worden, doch sind, um alle geplanten Linien durchzuführen (35 noch), weitere 70 Omnibusse nötig, und die werden in Tit. 11, über den dann zu berichten sein wird, zur Bewilligung vorgeschlagen.

Da von einem Mitgliede des Ausschusses gewünscht wurde, die Übersicht über die laufenden und die noch geplanten Linien alljährlich dem Etat beizufügen, ist jedem Ausschussmitgliede diese Übersicht zugegangen, und der Landtag kann sie bei diesen einsehen.

Aus dem Ausschusse heraus wurde nach der Einführung neuer Linie gefragt, z. B. Plauen-Hof. Die Regierung

(D)